



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Florian von Brunn, Horst Arnold, Klaus Adelt, Ruth Müller, Kathi Petersen, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Herbert Woerlein SPD**

Drs. 17/12173, 17/13126

### **Bericht zu möglichen Hepatitis E-Übertragungen durch den Konsum von nicht erhitztem Schweinefleisch**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu den Berichten der steigenden Zahl der Hepatitis E-Infektionen in Deutschland infolge des Verzehrs von rohem Schweinefleisch bzw. Schweinefleischprodukten schriftlich Stellung zu nehmen.

Insbesondere soll berichtet werden,

- wie die Staatsregierung die Gefährdung für die Verbraucherinnen und Verbraucher einschätzt,
- in welchen Regionen Bayerns zoonotische HEV-Typen (HEV-Genotyp 3 und 4) anzutreffen sind,
- was dies für die spezielle Situation von Schwangeren und Immunsupprimierten bedeutet,

- welche Möglichkeiten der Impfung für die Nutztiere bestehen,
- welche Möglichkeiten der Impfung für die Verbraucherinnen und Verbraucher derzeit existieren bzw. erwartet werden,
- welche Maßnahmen zur Minimierung des Infektionsrisikos im Rahmen der Haltung, Schlachtung und Verarbeitung von Schweinen bestehen,
- was die Staatsregierung unternommen hat, um die vom Robert-Koch-Institut (RKI) geforderte strikte Einhaltung der Hygienevorschriften bei der Schweinemast zu erreichen,
- zu welchen konkreten Ergebnissen die länderübergreifende Arbeitsgruppe bisher gekommen ist beziehungsweise bis wann die Ergebnisse insgesamt vorliegen,
- welche Erkenntnisse in Deutschland und Bayern über den Eintrag der Hepatitis E-Viren in Wasser (Abwasser, Oberflächenwasser, Grundwasser), wie beispielsweise in Frankreich oder den Niederlanden, vorliegen und was die Staatsregierung diesbezüglich unternimmt,
- welche weiteren Nahrungsmittel als Überträger der Viren in Betracht kommen könnten (beispielsweise Obst und Gemüse) und
- welche Maßnahmen durch die bayerischen Kontrollbehörden bisher ergriffen wurden bzw. künftig geplant sind, um die Gefährdung der Verbraucherinnen und Verbraucher zu minimieren.

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin